

Mieterbund fordert Verbot von Indexmieten

Berlin. Immer mehr neue Mietverträge werden nach Angaben des Deutschen Mieterbunds an die Inflation gekoppelt. In Metropolen seien 2022 im Schnitt bei 30 Prozent der Neuverträge sogenannte Indexmieten vereinbart worden, teilte der Mieterbund am Freitag unter Berufung auf Beratungsstellen in Berlin, Hamburg, Hannover, Köln, Frankfurt am Main und Düsseldorf mit. In der Bundeshauptstadt sei sogar für bis zu 70 Prozent der neuen Mietverträge eine Indexierung vorgesehen, erklärte Mieterbund-Präsident Lukas Siebenkotten. »Viele Vermieterinnen und Vermieter nutzen die Möglichkeiten der Inflationsanpassung bei bestehenden Mietverträgen voll aus und haben ihren Mietern allein im Krisenjahr 2022 die Kaltmiete um bis zu 15 Prozent erhöht«, erklärte Siebenkotten. »Die enorm gestiegenen Kosten für Heizung und Strom kommen noch dazu. Indexmieten sind bei hoher Inflation und steigenden Energiepreisen eine unzumutbare Kostenfalle geworden.« Das sei sozial- und wohnungspolitisch nicht zu verantworten. Bundesjustizminister Marco Buschmann müsse Indexmieten verbieten, so Siebenkotten. Der FDP-Politiker hatte Forderungen nach einer entsprechenden Reform im Dezember zurückgewiesen. (dpa/jW)

<https://www.jungewelt.de/artikel/443213.mieterbund-fordert-verbot-von-indexmieten.html>